



HESSISCHER LANDTAG

17. 08. 2011

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion der SPD betreffend neuer Höchststand von Studierenden - Hochschulen unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Im letzten Jahr hat das hessische statistische Landesamt bekannt gegeben, dass zum Semesterbeginn 2010/11 die Zahl der Studenten in Hessen einen Rekordstand erreicht habe. Das Landesamt führte in einer Presseerklärung am 19.11.2010 aus:

"Insgesamt sind an den Hochschulen in Hessen im laufenden Wintersemester 196.200 Studierende immatrikuliert; das entspricht einem Anstieg von 10.200 oder gut 5 v.H. im Vergleich zum Vorjahr. Damit erreichte die Zahl der Studierenden einen neuen Höchststand; dieser lag bisher im Wintersemester 2009/10 bei 186.000 Studierenden."

2. Damit ist die Zahl der Studierenden in Hessen seit dem Wintersemester 2007/08 von rund 151.000 in nur drei Jahren um 45.000 angestiegen.

Die Anzahl der nach der Leistungsorientierten Mittelzuweise (LOMZ) ausfinanzierten Studienplätze beträgt über alle Hochschularten hingegen in den Haushaltsjahren 2007 bis 2010 rund 104.000, im Haushaltsjahr 2011 rund 108.250. Hieran wird deutlich, wie dramatisch das Missverhältnis zwischen der Finanzierung der Hochschulen und ihren tatsächlichen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, ist.

3. Die Studienbewerberzahlen haben sich zum Wintersemester 2011/12 noch einmal aufgrund der Abschaffung der Wehrpflicht, der Doppeljahrgänge aufgrund der Schulzeitverkürzung sowie der insgesamt steigenden Zahl junger Menschen, die ein Studium anstreben, noch einmal deutlich erhöht.

Eine in der Frankfurter Neuen Presse am 7. August 2011 veröffentlichte dpa-Umfrage hat ergeben, dass alle bei den hessischen Universitäten und Fachhochschulen mit einem erheblichen Anstieg rechnen. So haben sich beispielsweise an der Universität Frankfurt 62.500 potenzielle Erstsemester für die knapp 5.000 Plätze in den zulassungsbeschränkten Fächern beworben. Ein Jahr vorher waren es 48.000 Bewerbungen gewesen. Wie viele zum Semesterbeginn im Oktober sich für die nicht zulassungsbeschränkten Fächer einschreiben, kann man noch nicht abschätzen, allerdings rechnet die Universität damit, dass in diesem Jahr die "40.000-er Marke" durchbrochen wird.

Die Fachhochschulen hatten in den vergangenen zehn Jahren bereits 40 v.H. mehr Studierende aufgenommen - bis 2015 erwarten die FH-Präsidenten weitere 20 bis 30 v.H. Zuwachs. Aktuell teilte der Vorsitzende der Konferenz der hessischen Fachhochschulpräsidenten, Günther G., in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa mit, dass

sich für das Wintersemester 2011/12 rund 20 v.H. mehr Studierende an Fachhochschulen beworben hätten als im Vorjahr (FNP vom 7. August 2011).

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die Hessische Landesregierung erarbeitet kurzfristig in Zusammenarbeit mit den hessischen Hochschulen ein Konzept, wie den zusätzlichen Studienbewerbern in angemessener Weise Rechnung getragen werden kann. Sie stellt dafür einen Betrag von 25 Mio. € pro Semester für ein Notprogramm zu Ausweitung der Studienplatzkapazitäten an den hessischen Hochschulen zur Verfügung, die anteilig überplanmäßig zum Beginn des Wintersemesters 2011/12 bereitgestellt werden. Aus diesen Mitteln können die Hochschulen kurzfristig Personal einstellen und benötigte zusätzliche Räumlichkeiten für den Lehrbetrieb anmieten.
2. Die Hessische Landesregierung verankert dieses Notprogramm im Landeshaushalt für das Jahr 2012.
3. Die Landesregierung erarbeitet in Zusammenarbeit mit den Hochschulen ein Konzept zur Ausweitung der Studienplatzkapazitäten um rund 20 v.H. (Referenzjahr 2010 entspricht 100 v.H.) und stellt dessen Integration in die Leistungsorientierte Mittelzuweisung (LOMZ) sicher. Hierbei sollen die Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 des Bundes angerechnet werden.
4. Die Landesregierung tritt mit den hessischen Hochschulen in Gespräche über die Weiterentwicklung der LOMZ ein mit dem Ziel, schnellmöglich zu einem System zu kommen, das über eine Stabilisierung und Stärkung des Grundbudgets gegenüber dem Erfolgsbudgets die Hochschulen in die Lage versetzt, qualitätsvolle und bedarfsdeckende Lehrangebote für Studieninteressierte bereitzustellen. Dabei sind die unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen der einzelnen Hochschulen angemessen zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 17. August 2011

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph